



Deutscher Bauernverband lehnt lettischen Kompromiss zur Revision der EU-Öko-Verordnung ab

Deutscher Bauernverband lehnt lettischen Kompromiss zur Revision der EU-Öko-Verordnung ab
Drohende Mehrkosten von bis zu 190 Millionen Euro für deutsche Ökobetriebe
Der Deutsche Bauernverband (DBV) lehnt den Kompromissvorschlag der lettischen Ratspräsidentschaft zur Revision der EU-Öko-Verordnung ab, der am kommenden Montag im EU-Agrarministerrat in Brüssel beraten wird. Dies betrifft insbesondere die Option zur Einführung von Sondergrenzwerten auf dem Niveau von Babyahrung. Der DBV hält den Ansatz der EU-Kommission, den Ökolandbau zukünftig über Rückstandsfreiheit zu definieren, für einen Irrweg. Der Ökolandbau definiere sich über den Produktionsprozess, hebt der DBV hervor. Eine Abkehr vom Prozessprinzip hin zur Produktkontrolle stellt nach Ansicht des DBV die Idee des Ökolandbaus in Frage, denn ökologisches Kreislaufprinzip und Tierwohl lassen sich nicht über Rückstandsfreiheit, sondern nur über die Prozessregeln erzielen. Der Ansatz der EU-Kommission diene auch nicht dem Gesundheitsschutz, denn bereits die gesetzlichen Grenzwerte seien wissenschaftlich ermittelt und garantierten gesundheitliche Unbedenklichkeit, betonte der DBV. Die von der Kommission geplanten Sondergrenzwerte nahe der Rückstandsfreiheit würden daher zu unvorhersehbaren Vermarktungsrisiken führen und schädigten das Image der Ökoprodukte, die aufgrund geringster Befunde ihre Öko-Zulassung verlieren könnten, befürchtet der DBV. Der DBV fordert daher Bundesminister Christian Schmidt auf, die im Agrarrat als Kompromiss vorgelegten Optionen zur Einführung von Sondergrenzwerten konsequent abzulehnen. Darüber hinaus hätten sich die europäischen Dachverbände der Landwirtschaft COPA-COGECA, der Ökolandwirtschaft IFOAM und des Handels EFFAT gemeinsam gegen die Einführung von Sondergrenzwerten und für die Beibehaltung jährlicher Öko-Kontrollen ausgesprochen.
Die Einführung von Sondergrenzwerten im Ökolandbau würde nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes einen durchschnittlichen Biobetrieb 3.200 bis 5.450 EUR jährlich kosten. Das entspricht nach DBV-Berechnung bis zu 10 Prozent des Gewinns. Die Analysekosten für Umweltkontaminanten, die vor allem für Grünland erforderlich sind, seien dabei noch nicht berücksichtigt worden. Selbst bei einem nur vierjährigen Analyseturnus im Grünland entstünden hier nach Einschätzung des DBV zusätzliche Kosten für die Ökolandwirtschaft in Höhe von 1.600 bis 2.700 Euro. Den gut 23.000 deutschen Öko-Betrieben drohten allein dadurch direkte Bürokratie- und Implementierungskosten von bis zu 190 Mio. Euro jährlich. Darüber hinaus bestünde ein stark erhöhtes Risiko von Öko-Vermarktungsverboten und Öko-Aberkennungen, die im Einzelfall existenzbedrohend sein könnten. Mit den neuen Regeln drohe dem Ökolandbau daher eine massive Schrumpfung, stellte der DBV fest.
Autor
Deutscher Bauernverband
Copyright DBV
DBV-Pressestelle
Claire-Waldoff-Str. 7
10117 Berlin
Telefon 030-31904-239
e-mail presse@bauernverband.net
Homepage www.bauernverband.de

Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftsstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.